

## 50.1.1 Allgemeine Einkaufsbedingungen für Lieferungen und Leistungen

### 1. Geltungsbereich der Bedingungen, Vertragsabschluss

- 1.1 Diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Lieferungen und Leistungen gelten für alle erteilten Beauftragungen durch die RhönEnergie Fulda GmbH und alle Unternehmen der RhönEnergie Fulda – im folgenden RhönEnergie Fulda GmbH genannt. Ausgenommen sind Beauftragungen im Rahmen des Thüga-Beschaffungsnetzwerkes. Für diese gelten ausschließlich die Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Kauf- und Werkverträge der Thüga AG und Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG. Abweichende Geschäftsbedingungen und/oder branchenübliche Bedingungen des Auftragnehmers gegenüber diesen gelten nur dann, wenn und soweit die RhönEnergie Fulda GmbH diese im Einzelfall schriftlich anerkennt. Die abweichenden Geschäftsbedingungen und/oder branchenübliche Bedingungen des Auftragnehmers besitzen auch dann keine Gültigkeit, wenn in Angeboten, Stundennachweisen, Lieferscheinen, Auftragsbestätigungen oder sonstigen Schriftstücken des Auftragnehmers zu einem späteren Zeitpunkt auf sie Bezug genommen wird und die RhönEnergie Fulda GmbH ihnen im Einzelfall nicht gesondert widerspricht.
  - 1.2 Die Anerkennung einzelner Passagen abweichender Geschäftsbedingungen ist keine vollständige Anerkennung der gesamten Bedingungen.
  - 1.3 Die RhönEnergie Fulda GmbH betreibt ein Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001. Die Energieeffizienz wird neben der Wirtschaftlichkeit der angebotenen Produkte berücksichtigt. Der Bieter hat bei der Erstellung von Angeboten Angaben hinsichtlich der Energieeffizienz aufzuführen.
  - 1.4 Für Beauftragungen aus den Bereichen Montagearbeiten im Kabel- und Freileitungsbau und/oder Bauleistungen gelten die „Ergänzende Einkaufsbedingungen für Bauleistungen, Kabel- und Freileitungsbau“. Diese sind der Beauftragung beigelegt, bzw. können bei der Abteilung KE1 Einkauf der RhönEnergie Fulda GmbH angefordert werden.
  - 1.5 Für die Beauftragung von Maschinen und Anlagen gelten unsere „Ergänzende Einkaufsbedingungen für Maschinen und Anlagen“. Diese sind der Beauftragung beigelegt, bzw. können bei der Abteilung KE1 Einkauf der RhönEnergie Fulda GmbH angefordert werden.
  - 1.6 Aufträge sowie andere im Zusammenhang mit einem Vertragsabschluss getroffene Vereinbarungen sind nur verbindlich, wenn sie von der RhönEnergie Fulda GmbH schriftlich erteilt oder bestätigt werden.
  - 1.7 Angebote und/oder Kostenvoranschläge sind kostenlos, dies gilt auch, wenn sie auf Anforderung der RhönEnergie Fulda GmbH erstellt werden.
  - 1.8 Nur schriftlich erteilte Bestellungen der RhönEnergie Fulda GmbH sind rechtsverbindlich. Mündlich oder telefonisch erteilte Bestellungen bedürfen zu ihrer Rechtsgültigkeit der nachträglichen schriftlichen Bestätigung. Das gleiche gilt für mündliche Nebenabreden und Änderungen des
-

Vertrags.

- 1.9 Auftragsbestätigungen erwartet die RhönEnergie Fulda GmbH innerhalb von 14 Tagen nach dem Datum des schriftlichen Auftrags.

## **2. Vertragsgrundlagen**

- 2.1 Vertragsgrundlagen sind in der Reihenfolge ihrer Nennung:

2.1.1 die Beauftragung,

2.1.2 die der Beauftragung zugrundeliegenden technischen Unterlagen,

2.1.3 ggf. unsere „Ergänzende Einkaufsbedingungen für Bauleistungen, Kabel- und Freileitungsbau“,

2.1.4 ggf. „Ergänzende Einkaufsbedingungen für Maschinen und Anlagen“,

2.1.5 unsere „Allgemeine Einkaufsbedingungen für Lieferungen und Leistungen“,

2.1.6 die Gesetze und Verordnungen der Bundesrepublik Deutschland.

- 2.2 Vertragssprache ist Deutsch.

## **3. Ausführungsunterlagen**

- 3.1 An Zeichnungen, Muster, Modelle und anderen Unterlagen behält sich die RhönEnergie Fulda GmbH eigentums- und urheberrechtliche Verwertungsrechte uneingeschränkt vor; sie dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der RhönEnergie Fulda GmbH Dritten zugänglich gemacht werden. Zu Angeboten gehörige Zeichnungen und andere Unterlagen sind, wenn der Auftrag dem Auftragnehmer nicht erteilt wird, auf Verlangen unverzüglich an die RhönEnergie Fulda GmbH zurückzugeben.

- 3.2 Das Gleiche gilt für Zeichnungen und Unterlagen, die nach Angaben der RhönEnergie Fulda GmbH vom Auftragnehmer gefertigt werden, sofern diese nicht allgemein zugänglich sind.

- 3.3 Die Zustimmung der RhönEnergie Fulda GmbH zu Zeichnungen, Berechnungen und anderen vom Auftragnehmer erstellten technischen Unterlagen berührt nicht die Pflicht des Auftragnehmers, die Leistungen mängelfrei zu erbringen. Dies gilt auch, wenn die RhönEnergie Fulda GmbH Vorschläge und Empfehlungen abgegeben hat.

## **4. Unzulässige Werbung**

- 4.1 Dem Auftragnehmer ist es ohne schriftliche Zustimmung der RhönEnergie Fulda GmbH nicht gestattet, Anfragen, Beauftragungen oder sonstigen Schriftverkehr und Unterlagen zu Referenz-

oder Werbezwecken zu benutzen. Die Zustimmung darf nicht aus unbilligen Gründen verweigert werden.

## **5. Weitergabe von Aufträgen an Dritte**

- 5.1 Der Auftragnehmer darf die Ausführung der Aufträge der RhönEnergie Fulda GmbH oder wesentlicher Teile dieser nur mit deren vorherigen schriftlichen Zustimmung an Dritte weitergeben. Die RhönEnergie Fulda GmbH wird ihre Zustimmung ohne wichtigen Grund nicht verweigern. Der Dritte hat die von der RhönEnergie Fulda GmbH geforderten und notwendigen Qualifikationen entsprechend nachzuweisen.
- 5.2 Gleiches gilt für die entsprechenden Versicherungsnachweise und sonstigen Nachweise des Dritten.

## **6. Beistellungen des Auftraggebers**

- 6.1 Erhält der Auftragnehmer von der RhönEnergie Fulda GmbH Material zur Auftragserfüllung beigestellt, wird dieses frei RhönEnergie Fulda GmbH-Lager zur Verfügung gestellt.
- 6.2 Sofern die RhönEnergie Fulda GmbH Material liefert und/oder beistellt, verbleibt dieses im Eigentum der RhönEnergie Fulda GmbH. Verarbeitung oder Umbildung durch den Auftragnehmer werden für die RhönEnergie Fulda GmbH vorgenommen. Wird das Material der RhönEnergie Fulda GmbH mit anderen, ihr nicht gehörenden Materialien verarbeitet, so erwirbt die RhönEnergie Fulda GmbH das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Werts ihrer Sachen zu den anderen verarbeiteten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung.
- 6.3 Die Abholung wird mittels Lieferpapieren dokumentiert. Für die rechtzeitige Abholung hat der Auftragnehmer der RhönEnergie Fulda GmbH mindestens fünf Werktage vorher den Bedarf mitzuteilen. Benötigt der Auftragnehmer zusätzliches Material, hat der Auftragnehmer dies so frühzeitig anzufordern, dass die Ausführung seiner Arbeiten nicht verzögert wird.
- 6.4 Material, welches der Auftragnehmer unsachgemäß verarbeitet und das hierdurch unbrauchbar wird, wird dem Auftragnehmer in Rechnung gestellt.
- 6.5 Der Auftragnehmer hat das gelieferte Material unter Zuhilfenahme der Lieferpapiere mengenmäßig zu überprüfen und auf den Lieferpapieren zu bestätigen. Die Bestätigung ist unverzüglich an die RhönEnergie Fulda GmbH zurückzugeben. Die selbe Verfahrensweise gilt bei nachträglich angeliefertem Material. Bei Erstellung des Aufmaßes sind die Lieferpapiere für das vorgenannte Material vorzulegen.
- 6.6 Der Auftragnehmer hat das von der RhönEnergie Fulda GmbH beigestellte Material unverzüglich zu untersuchen und dabei festgestellte Mängel unverzüglich mitzuteilen. Dies gilt auch für Mängel, die der Auftragnehmer zu einem späteren Zeitpunkt erkennt.

Unabhängig davon ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Eignung des beigestellten Materials eigenverantwortlich zu überprüfen und Einwände der RhönEnergie Fulda GmbH unverzüglich

schriftlich mitzuteilen. Wenn die fehlende Eignung auf einer fehlerhaften oder unvollständigen Spezifikation des Auftragnehmers beruht, trägt der Auftragnehmer sämtliche Folgekosten.

Nach Abnahme der Lieferungen/Leistungen kann sich der Auftragnehmer nicht mehr auf die Mangelhaftigkeit oder fehlende Eignung des von der RhönEnergie Fulda GmbH beigestellten Materials berufen. Ab diesem Zeitpunkt ist er auch bezüglich dieses Materials gegenüber der RhönEnergie Fulda GmbH zur Gewährleistung verpflichtet. Die RhönEnergie Fulda GmbH wird Mängelansprüche gegen Lieferanten/Hersteller des beigestellten Materials an den Auftragnehmer abtreten.

- 6.7 Der Auftragnehmer ist für die Ordnung in seinem Baulager verantwortlich. Das eingelagerte, von der RhönEnergie Fulda GmbH beigestellte Material hat er gegen Diebstahl, Beschädigung und Witterungseinflüsse zu sichern. Der Auftragnehmer hat für den Verschluss des Baulagers zu sorgen. Kabeltrommeln müssen so gelagert werden, dass ein Wegrollen dieser verhindert wird. Sollte es dennoch zu einem Verlust von Material durch Diebstahl und/oder Beschädigung kommen, ist der Auftragnehmer für den der RhönEnergie Fulda GmbH hierdurch entstandenen Materialverlust und Schaden ersatzpflichtig.
- 6.8 Die Materialausgabe aus dem Baulager ist sorgfältig zu überwachen. Der Auftragnehmer hat ausgegebene Mengen in den Materiallisten einzutragen, damit die Materialbewegungen bei dem Aufmaß berücksichtigt werden können.
- 6.9 Ausgebaute Maste sind kostenfrei an die im Baugebiet vorbestimmten Lagerplätze oder zum örtlichen Baulager zu bringen.
- 6.10 Nach Auftragsdurchführung ist vorhandenes Restmaterial in sauberem, kompletten und wiederverwendungsfähigen Zustand kostenfrei an das Hauptlager der RhönEnergie Fulda GmbH zurückzugeben. Art und Menge des zurückgegebenen Materials sind auf den Materialrückgabebelegen im Einzelnen aufzuführen und müssen von der RhönEnergie Fulda GmbH bestätigt werden. Die Rücklieferung erfolgt für die RhönEnergie Fulda GmbH kostenfrei.
- 6.11 Demontiertes und/oder abgebautes nicht verwendbares Material ist geordnet, zerlegt und in sauberem Zustand, die Seile in Ringen von etwa 1 m Durchmesser, an das RhönEnergie Fulda GmbH-Lager zurückzusenden. Leitungsseile sind vor dem Rücktransport zu wiegen. Die Kabellängen sind zu messen und die Ringe sind mit einem entsprechenden Anhänger zu versehen, welcher auszufüllen und von beiden Parteien abzuzeichnen ist.

## **7. Einhaltung von Fristen und Terminen, Vertragsstrafe**

- 7.1 Sämtliche im Auftrag genannten Fristen und Termine sind verbindlich. Können diese nicht eingehalten werden, hat der Auftragnehmer die RhönEnergie Fulda GmbH hiervon, vom Hinderungsgrund und dessen voraussichtlicher Dauer, unverzüglich zu unterrichten
- 7.2 Bei vom Auftragnehmer zu vertretender Fristüberschreitung ist die RhönEnergie Fulda GmbH berechtigt, für jeden angefangenen Arbeitstag, Montag bis einschließlich Samstag, als Vertragsstrafe 0,15 % je Arbeitstag bis höchstens 5 % des Gesamtauftragswerts zu berechnen, ohne einen besonderen Schadensnachweis zu führen. Ist eine Vertragsstrafe angefallen, kann die

RhönEnergie Fulda GmbH diese auch noch mit dem Betrag der Schlussrechnung verrechnen. Um das Wirksamwerden der Vertragsstrafe bedarf es nicht der Mitteilung nach § 341 Abs. 3 BGB.

- 7.3 Vorzeitige Lieferungen und Leistungen bedürfen der Zustimmung der RhönEnergie Fulda GmbH.

## **8. Verschiebung der Annahme/Abnahme**

- 8.1 Höhere Gewalt befreit die RhönEnergie Fulda GmbH sowie den Auftragnehmer für die Dauer der Störung und im Umfange ihrer Wirkung von den Leistungspflichten. Die Rhön-Energie Fulda GmbH sowie der Auftragnehmer sind verpflichtet, im Rahmen des Zumutbaren unverzüglich die erforderlichen Informationen zu übermitteln und ihre Verpflichtungen den veränderten Verhältnissen nach Treu und Glauben anzupassen.
- 8.2 Die RhönEnergie Fulda GmbH ist von der Verpflichtung zur Annahme der bestellten Lieferung und/oder Leistung ganz oder teilweise befreit und insoweit zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt, wenn die Lieferung aufgrund der durch die höhere Gewalt verursachten Verzögerung für diese – unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte – nicht mehr verwertbar ist.

## **9. Teil-, Mehr- oder Minderlieferungen und -leistungen**

- 9.1 Sofern Teillieferungen oder Teilleistungen nicht vereinbart sind, bedürfen diese der vorherigen Zustimmung der RhönEnergie Fulda GmbH.
- 9.2 Die Anerkennung von Mehr- oder Minderlieferungen oder Mehr- oder Minderleistungen durch die RhönEnergie Fulda GmbH erfolgt von Fall zu Fall.

## **10. Preise**

- 10.1 Die vereinbarten Preise sind Festpreise und verstehen sich ohne Umsatzsteuer, einschließlich Verpackung und frei Empfangsstelle. Die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer ist separat auszuweisen.
- 10.2 Die Preise enthalten sämtliche Kosten und notwendigen Nebenleistungen, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Auftragserfüllung und –ausführung entstehen können.
- 10.3 Originalrechnungen dürfen der Warenlieferung nicht beigelegt werden.

## **11. Zahlungsbedingungen/Anzahlungen/Abtretungen**

- 11.1 Die Zahlungs- und Skontofrist läuft ab Rechnungseingang, jedoch nicht vor vollständiger Lieferung, Durchführung der Leistung oder Abnahme. Die RhönEnergie Fulda GmbH leistet Zahlungen nach ihrer Wahl 14 Tage nach diesem Termin mit 2 % Skonto und 30 Tage nach diesem Termin netto.

- 11.2 Für geleistete Anzahlungen erhält die RhönEnergie Fulda GmbH eine selbstschuldnerische Bürgschaft - entsprechend dem Inhalt des beigefügten Musters „Bürgschaft (V)“ der RhönEnergie Fulda GmbH - einer deutschen Großbank oder namhaften deutschen Versicherung, in der auf die Einrede der Anfechtbarkeit und Aufrechnung sowie auf die der Vorausklage gem. §§ 770, 771 BGB verzichtet wird.

Abtretungen, sowie sonstige Übertragungen von Rechten und Pflichten des Auftragnehmers außerhalb des Anwendungsbereichs des § 354 a HGB sind ausgeschlossen; Ausnahmefälle bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Einwilligung der RhönEnergie Fulda GmbH.

Bei einem Zahlungsplan oder Zahlungen nach Fortschritt gelten die vorgenannten Regelungen entsprechend.

- 11.3 Erfolgt die Vergabe zum Pauschalpreis sind mit Pauschalpreis alle Kosten der ausgewiesenen Leistung abgegolten.
- 11.4 Das Recht zur Zurückbehaltung von Zahlungen oder zur Aufrechnung mit Gegenansprüchen steht dem Auftragnehmer nur insoweit zu, als seine Gegenansprüche unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

## **12. Versand**

- 12.1 Der Versand hat fracht-, verpackungskosten- und gebührenfrei an die von der Rhön-Energie Fulda GmbH benannte Empfangsstelle zu erfolgen.

## **13. Gefahrenübergang**

- 13.1 Die Gefahr geht beim Eintreffen der einwandfreien Lieferung an der von der RhönEnergie Fulda GmbH benannten Empfangsstelle, bei Werkleistungen sowie, wenn Lieferung mit Aufstellung und Montage vereinbart ist, mit förmlicher Abnahme auf die RhönEnergie Fulda GmbH über.
- 13.2 Bei Instandsetzung geht die Gefahr während der Arbeiten und Lagerung des RhönEnergie Fulda GmbH-Materials beim Auftragnehmer auf diesen über.
- 13.3 Stellt die RhönEnergie Fulda GmbH dem Auftragnehmer Material bei, geht die Gefahr für das Material ab dem Zeitpunkt der Übernahme auf diesen über.
- 13.4 Die RhönEnergie Fulda GmbH ist berechtigt, die Lieferungen/Leistungen des Auftragnehmers aus betrieblichen Gründen bereits vor der Abnahme zu nutzen. Die Nutzung stellt in diesem Fall keine Abnahme dar. Die RhönEnergie Fulda GmbH wird den Auftragnehmer hierüber informieren.

## **14. Rechte bei Mängeln**

- 14.1 Der Auftragnehmer schuldet die Mängelfreiheit der Lieferung und Leistung, das Vorhandensein garantierter Merkmale und steht dafür ein, dass die Lieferung oder Leistung dem
-

Verwendungszweck, dem neuesten Stand der Technik und den einschlägigen Bestimmungen der Behörden und Fachverbände entspricht, im Einklang mit den jeweils geltenden Umweltschutzbestimmungen steht und nicht gegen Rechte Dritter verstößt.

- 14.2 Bedenken gegen die Spezifikation der RhönEnergie Fulda GmbH, Zeichnungen der RhönEnergie Fulda GmbH oder andere zum Auftrag gehörenden Unterlagen hat der Auftragnehmer mitzuteilen, ehe er mit der Ausführung des Auftrages beginnt. Durch die Zu-stimmung der RhönEnergie Fulda GmbH zu Zeichnungen, Berechnungen und anderen technischen Unterlagen des Auftragnehmers wird die Verantwortung des Auftragnehmers für Mängel oder sonstige Pflichtverletzungen nicht berührt.
- 14.3 Im Falle von Rechten wegen Mängeln kann die RhönEnergie Fulda GmbH nach ihrer Wahl Nacherfüllung durch Nachbesserung, Ersatzlieferung oder Neuherstellung sowie Ersatz von Mangelfolgeschäden nach den gesetzlichen Bestimmungen verlangen. Der Auftragnehmer hat die hierzu erforderlichen Aufwendungen zu tragen. Ist die Nacherfüllung nicht innerhalb angemessener Fristsetzung erfolgt, fehlgeschlagen oder war die Fristsetzung entbehrlich, kann die RhönEnergie Fulda GmbH die gesetzlich geregelten Ansprüche auf Rücktritt, Schadenersatz statt der Leistung, Ersatz vergeblicher Aufwendungen oder Minderung verlangen.
- 14.4 In dringenden Fällen ist die RhönEnergie Fulda GmbH berechtigt, die festgestellten Mängel zu Lasten des Auftragnehmers selbst zu beseitigen oder durch Dritte beseitigen zu lassen, wenn dieser nicht erreichbar war oder die Gefahr unverhältnismäßig hoher Schäden besteht. Die RhönEnergie Fulda GmbH wird den Auftragnehmer von solchen Maßnahmen umgehend informieren. Die weitergehenden gesetzlichen Rechte der RhönEnergie Fulda GmbH bleiben hiervon unberührt.
- 14.5 Verjährung von Mängelansprüchen
- 14.5.1 Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt mindestens 36 Monate nach einwandfreier Übergabe der Kaufsache, Erbringung der Dienstleistung oder Abnahme der Werkleistung.
- 14.5.2 Sofern in 14.5.1. nicht eine längere Frist vereinbart ist, werden für die Verjährung von Mängelansprüchen die gesetzlichen Verjährungsfristen der §§ 634a und 438 BGB vertraglich vereinbart.
- 14.6 Die RhönEnergie Fulda GmbH ist berechtigt, eine Sicherheit in Höhe von 10 % der Nettoschlussrechnungssumme (in objektiv richtiger Höhe), inkl. eventueller baukonstruktiver Nachträge gem. § 1 Nr. 4 VOB/B, ohne etwaige bauzeitbezogene Ansprüche einzubehalten. Der Auftragnehmer kann, soweit die Sicherheit nicht berechtigt verwertet ist, die Auszahlung des Einbehalts verlangen, wenn er eine Bürgschaft eines in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kreditversicherers, Bank oder Sparkasse gemäß der Anlage "Bürgschaft (M)" stellt, in der auf die Einrede der Anfechtbarkeit und Aufrechnung sowie auf die der Vorausklage gem. §§ 770, 771 BGB verzichtet wird. Die RhönEnergie Fulda GmbH ist ausdrücklich nicht dazu verpflichtet, den Einbehalt auf ein gemeinsames Sperrkonto einzuzahlen. Die Sicherheit (Einbehalt oder Bürgschaft) dient im Zeitraum von der Abnahme von Werkleistungen oder Übergabe der Kaufsache bis zum Eintritt der Verjährung der Mängelansprüche dazu, die Rechte der RhönEnergie Fulda GmbH bei Mängeln (inkl. Aufwendungsersatz und Kostenvorschuss bei Selbstvornahme), jedwede Schadenersatzansprüche der RhönEnergie Fulda GmbH und die Ansprüche der
-

RhönEnergie Fulda GmbH auf Erstattung von Überzahlungen aus diesem Vertrag (auch hinsichtlich geänderter und zusätzlicher Leistungen) abzusichern. Diese Sicherheit dient weiter zur Absicherung folgender Rückgriff-, Regress- und Freistellungsansprüche der RhönEnergie Fulda GmbH gegen den Auftragnehmer: Der Auftragnehmer hat die RhönEnergie Fulda GmbH, falls diese durch Dritte in Anspruch genommen wird, soweit das auf pflichtwidriges Verhalten des Auftragnehmers, dessen Nachunternehmer oder nachgeschalteter Nachunternehmer zurück zu führen ist, insbesondere im Fall von Inanspruchnahme aufgrund von § 14 AEntG, für Sozial-/Unfallversicherungsbeiträge sowie durch das Finanzamt oder durch andere amtliche Stellen wegen nicht geleisteter Zahlungen des Auftragnehmers, freizustellen und Rückgriffs- und Regressansprüche zu erfüllen. Zur Rückgabe der nicht verwerteten Sicherheit (Auszahlung des Bareinbehalts/Enthaltung der Bürgschaft) ist die RhönEnergie Fulda GmbH nach Ablauf der für die Verjährung der Mängelansprüche vertraglich vereinbarten, wenn keine vertraglichen Vereinbarungen erfolgten der geltenden gesetzlichen, Fristen verpflichtet. Soweit jedoch zu diesem Zeitpunkt die geltend gemachten Ansprüche der RhönEnergie Fulda GmbH noch nicht erfüllt sind, darf sie einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurück halten.

- 14.7 Hat der Auftragnehmer die Garantie dafür übernommen, dass die Lieferung oder Leistung für eine bestimmte Dauer eine bestimmte Beschaffenheit oder Funktionen behält, wird vermutet, dass ein während dieser Zeit auftretender Mangel bereits bei Gefahrenübergang vorhanden war. Soweit übernommene Garantien über die gesetzlichen Mängelrechte hinausgehen, bleiben diese von den vorstehenden Regelungen unberührt.

Im Falle der Insolvenz und/oder der Geschäftsaufgabe des Auftragnehmers kann die RhönEnergie Fulda GmbH die festgestellten Mängel selbst beseitigen oder durch Dritte beseitigen lassen ohne den ehemaligen Auftragnehmer, den Rechtsnachfolger oder den Insolvenzverwalter hierüber in Kenntnis zu setzen, wenn aus besonderen Gründen unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die sofortige Mängelbeseitigung gerechtfertigt ist. Die weitergehenden gesetzlichen Rechte der RhönEnergie Fulda GmbH bleiben hiervon un-berührt.

- 14.8 Im Falle der Insolvenz und/oder der Geschäftsaufgabe des Auftragnehmers kann die RhönEnergie Fulda GmbH die festgestellten Mängel selbst beseitigen oder durch Dritte beseitigen lassen ohne den ehemaligen Auftragnehmer, den Rechtsnachfolger oder den Insolvenzverwalter hierüber in Kenntnis zu setzen, wenn aus besonderen Gründen unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die sofortige Mängelbeseitigung gerechtfertigt ist. Die weitergehenden gesetzlichen Rechte der RhönEnergie Fulda GmbH bleiben hiervon unberührt.

Im Falle der Insolvenz und/oder der Geschäftsaufgabe des Auftragnehmers kann die RhönEnergie Fulda GmbH Zahlungen maximal bis zur Höhe des Sicherheitseinbehalts zurückhalten und als Garantieeinbehalt verwenden. Eventuell verbleibende Guthaben nach Ablauf der Sachmängelhaftung verfallen.

## **15. Schutzrechtsverletzungen**

- 15.1 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die RhönEnergie Fulda GmbH durch die vertragsge-mäße Nutzung der Lieferungen oder Leistungen des Auftragnehmers Urheberrechte, Patente oder andere Schutzrechte Dritter nicht verletzt. Der Auftragnehmer stellt die RhönEnergie Fulda GmbH von allen



Schadensersatzansprüchen und/oder sonstigen Ansprüchen, egal aus welchem Rechtsgrund, frei, die wegen Verletzung eines in- oder ausländischen gewerblichen Schutzrechtes an die RhönEnergie Fulda GmbH gestellt werden.

## **16. Produkthaftung**

- 16.1 Der Auftragnehmer stellt die RhönEnergie Fulda GmbH von allen Ansprüchen frei, die an diese gestellt werden, weil durch Lieferungen/Leistungen des Auftragnehmers Schaden entstanden ist, wenn dieser Schaden auf Fehler in der Konstruktion und/oder der Produktion und/oder auf eine Verletzung seiner Kontroll- oder Produktbeobachtungspflichten zurückzuführen ist.
- 16.2 Unter derselben Voraussetzung haftet der Auftragnehmer auch für Schäden, die der RhönEnergie Fulda GmbH durch erforderliche und nach Art und Umfang angemessene Vorsorgemaßnahmen gegen eine Inanspruchnahme aus Produkthaftung (z. B. durch öffentliche Warnungen) entstehen.

## **17. Sonderkündigungsrecht**

- 17.1 Aus wichtigem Grund kann jede Vertragspartei den Vertrag jederzeit fristlos kündigen, wenn einer Vertragspartei die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses wegen nachträglich eingetretener Umstände, welche die andere Partei zu vertreten hat, nicht mehr zugemutet werden kann. Ein wichtiger Grund liegt z.B. vor, wenn
- a) der Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahren über das Vermögen des Bestellers gestellt wurde,
  - b) der Besteller die eidesstattliche Versicherung im Sinne von § 807 ZPO abgegeben hat.
- 17.2 Die Kündigung bedarf der Schriftform.

## **18. Besondere Bedingungen für die Erbringung von Werk- oder Dienstleistungen zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes (MiLoG)**

- 18.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber dem Auftraggeber, allen seinen im Inland beschäftigten, im Rahmen der Vertragsbeziehungen mit dem Auftraggeber eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gemäß § 20 MiLoG mindestens den gesetzlich vorgegebenen Mindestlohn nach § 1 MiLoG, spätestens zu der in § 2 MiLoG genannten Fälligkeit zu zahlen. Verstößt der Auftragnehmer gegen diese Verpflichtung, ist der Auftraggeber berechtigt, eine einmalige Vertragsstrafe i. H. v. 5% des Auftragswertes geltend zu machen. Der Auftraggeber ist berechtigt, eine Vertragsstrafe neben der Erfüllung geltend zu machen. Weitergehende Ansprüche und Rechte bleiben vorbehalten.
- 18.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich ferner, alle von ihm im Rahmen der Vertragsbeziehungen mit dem Auftraggeber eingesetzten Nachunternehmer sowie von ihm beauftragten Verleiher sorgfältig auszuwählen und deren Angebote insbesondere dahingehend zu überprüfen, ob auf Basis des zu zahlenden Mindestlohnes kalkuliert wurde.

- 18.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich ferner, die von ihm im Rahmen der Vertragsbeziehungen mit dem Auftraggeber eingesetzten Nachunternehmer sowie von ihm beauftragte Verleiher vertraglich zu verpflichten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gemäß § 20 MiLoG mindestens den gesetzlich vorgegebenen Mindestlohn nach § 1 MiLoG spätestens zu der in § 2 MiLoG genannten Fälligkeit zu zahlen und den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen nach § 13 MiLoG auf Verlangen freizustellen, die von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von im Rahmen der Vertragsbeziehung eingesetzten Nachunternehmern bzw. Verleihern an ihn gestellt werden. Der Auftragnehmer hat eingesetzte Nachunternehmer zu verpflichten, die von ihnen beauftragten Verleiher entsprechend zur Freistellung zu verpflichten. Auf Verlangen hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Erfüllung der vorgenannten Verpflichtungen nachzuweisen.
- 18.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen nach § 13 MiLoG von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des Auftragnehmers sowie von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rahmen der Vertragsbeziehung mittelbar oder unmittelbar eingesetzter Nachunternehmer oder Verleiher freizustellen.
- 18.5 Der Auftraggeber ist berechtigt, gegenüber fälligen Ansprüchen des Auftragnehmers ein Zurückbehaltungsrecht in der Höhe auszuüben, in der er von Dritten nach § 13 MiLoG im Zusammenhang mit Pflichtverletzungen des Auftragnehmers gegen die in diesem Abschnitt enthaltenen Bestimmungen in Anspruch genommen wird.
- 18.6 Verstößt der Auftragnehmer gegen seine in diesem Abschnitt enthaltenen Pflichten, insbesondere gegen die Pflicht zur Zahlung des Mindestlohns, ist der Auftraggeber nach vorheriger erfolgloser Abmahnung berechtigt, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist außerordentlich zu kündigen und den noch nicht erbrachten Teil der Leistung zu Lasten des Auftragnehmers durch einen Dritten ausführen zu lassen. Weitergehende Ansprüche, insbesondere Schadensersatzansprüche, bleiben unberührt.
- 18.7 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, – soweit dies unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen zulässig ist – vollständige und prüffähige Unterlagen über die bei ihm im Rahmen der Vertragsbeziehungen mit dem Auftraggeber eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Einsichtnahmen durch den Auftraggeber hinzuweisen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine entsprechende Verpflichtung mit von ihm im Rahmen der Vertragsbeziehungen mit dem Auftraggeber eingesetzten Nachunternehmern oder Verleihern zu vereinbaren.

Im Falle der Inanspruchnahme des Auftraggebers gemäß § 13 MiLoG im Zusammenhang mit Pflichtverletzungen des Auftragnehmers gegen die in diesem Abschnitt enthaltenen Bestimmungen ist der Auftragnehmer – soweit dies unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen zulässig ist – verpflichtet, dem Auftraggeber vollständige und prüffähige Unterlagen in Bezug auf die im Rahmen der Vertragsbeziehungen mit dem Auftraggeber eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Verfügung zu stellen, aus denen sich insbesondere etwaige bestehende Einreden und Einwendungen ergeben, und die Beschäftigten im Vorhinein auf die Möglichkeit der Weitergabe der Unterlagen hinzuweisen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine entsprechende Verpflichtung mit von ihm im Rahmen der Vertragsbeziehungen mit dem Auftraggeber eingesetzten Nachunternehmern oder Verleihern zu vereinbaren.

---

## 19. Verhaltensregeln für Lieferanten und Dienstleister

### Grundzüge unserer Firmenphilosophie

Die RhönEnergie Fulda GmbH gehört zu den führenden Energieversorgern in Hessen. In ihrem Netzgebiet und in vielen weiteren Bereichen Deutschlands bietet die Unternehmensgruppe ein breites Spektrum an Produkten und Services. So leistet die RhönEnergie Fulda GmbH einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zur Lebensqualität der Kunden.

Die Lieferanten oder Auftragnehmer der RhönEnergie Fulda unterstützen die Unternehmensgruppe direkt und indirekt bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Die RhönEnergie Fulda schätzt die gute Zusammenarbeit mit ihren Geschäftspartnern. Sie bittet aber auch darum, dass Lieferanten und Auftragnehmer, die direkte Kontakte zu Kunden der RhönEnergie Fulda haben, einige Punkte beachten, die dem Unternehmen sehr wichtig sind:

- **Termintreue/Pünktlichkeit**  
Unsere Kunden erwarten, dass zugesagte Termine eingehalten werden.
- **Höflichkeit**  
Unsere Kunden sind es gewohnt, dass mit ihnen höflich und zuvorkommend umgegangen wird.
- **Wertschätzung**  
Unsere Kunden sollen spüren, dass wir sie wertschätzen und ihnen mit Respekt begegnen. Dies gilt unabhängig von ihrer Herkunft und gesellschaftlichen Stellung.
- **Auskunftsbereitschaft**  
Fragen unserer Kunden werden von uns freundlich beantwortet.
- **Gesetzestreue**  
Selbstverständlich halten wir alle geltenden Gesetze und Verordnungen, Sicherheitsvorschriften und Umweltauflagen ein.

Die RhönEnergie Fulda GmbH geht davon aus, dass diese Grundwerte auch ihren Lieferanten sowie Auftragnehmern wichtig sind und von diesen eingehalten werden.

## 20. Erfüllungsort, Salvatorische Klausel, Gerichtsstand, anwendbares Recht

- 20.1 Erfüllungsort für Lieferungen und Leistungen ist die von der RhönEnergie Fulda GmbH benannte Empfangsstelle.
  - 20.2 Sollten einzelne Bestimmungen dieser Bedingungen ungültig/undurchführbar sein oder werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen wirksam. Der Auftragnehmer und die RhönEnergie Fulda GmbH sind verpflichtet, die ungültige/undurchführbare Bestimmung vom Beginn der Ungültigkeit/Undurchführbarkeit an unter Berücksichtigung der beider-seitigen Interessen durch eine wirtschaftlich möglichst gleichartige Bestimmung zu ersetzen, sofern nicht eine durch die unwirksame Bestimmung verdrängte gesetzliche Regelung wiederauflebt. Entsprechendes gilt für
-

Lücken.

- 20.3 Gerichtsstand ist Fulda, wenn der Auftragnehmer Kaufmann i. S. des Handelsgesetzbuches oder juristische Person des öffentlichen Rechts ist oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen besitzt. Die RhönEnergie Fulda GmbH kann den Auftragnehmern jedoch nach Ihrer Wahl auch an dessen Allgemeinen Gerichtsstand verklagen.
- 20.4 Ergänzend zu den Vertragsbestimmungen gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen für den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 (UN-Kaufrecht; CISG) ist ausgeschlossen. Verletzung eines in- oder ausländischen gewerblichen Schutzrechtes an die RhönEnergie Fulda GmbH gestellt werden.

## **50.1.2 Allgemeine Vertragsbedingungen**

### **§ 1 Vertragsgrundlage**

Bestandteile des Vertrages zwischen der RhönEnergie Fulda GmbH sowie allen Tochterunternehmen der RhönEnergie Fulda GmbH, im Folgenden Auftraggeber (AG) genannt und Auftragnehmer (AN) sind in der nachstehenden Reihenfolge ergänzend zu den „Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Lieferungen und Leistungen“ der RhönEnergie Fulda GmbH und aller Tochterunternehmen der RhönEnergie Fulda GmbH insbesondere:

- (1) Das Auftragschreiben des AG mit rechtsverbindlichen Unterschriften
- (2) Die Leistungsbeschreibung des Leistungsverzeichnisses in Verbindung mit den dazugehörigen Ausführungsunterlagen, Zeichnungen und Bauvorschriften des AG
- (3) Die „Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Lieferungen und Leistungen“ der RhönEnergie Fulda GmbH
- (4) Die VOB, Teil C, in der jeweils gültigen Fassung
- (5) Die ZTV A - StB (Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen in der jeweils vom Straßenbaulastträger geforderten Fassung)
- (6) Die ZTV - SA (Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen) in der jeweils gültigen Fassung

Die Auftragserteilung erfolgt unter der aufschiebenden Bedingung der Genehmigung durch den Straßenbaulastträger. Wird die Genehmigung verweigert, gilt der Auftrag als nicht erteilt und dem AG entstehen hieraus keine Kosten.

### **§ 2 Vorbereitung des Angebots**

- (1) Vor Abgabe eines Angebots hat sich der Bieter unabhängig von den Angaben in den Ausschreibungsunterlagen an Ort und Stelle und anhand der Zeichnungen über die örtlichen Gegebenheiten des Vorhabens sowie über Art und Umfang der auszuführenden Arbeiten selbständig zu unterrichten und dies in seinem Angebot ausdrücklich zu bestätigen.
- (2) Der Bieter hat sich für von ihm zu verantwortende Schäden, die bei der Ausführung des möglichen Vertrages verursacht werden können, entsprechend zu versichern. Dies ist auf Verlangen des AG vor Auftragsvergabe nachzuweisen bzw. spätestens jedoch mit der Auftragsbestätigung sofern die Nachweise nicht schon vorliegen.
- (3) Das Angebot ist für den AG kostenfrei.

### **§ 3 Auftragsdurchführung**

- (1) Die Ausführung des jeweiligen Auftrages durch den AN hat nach den anerkannten Regeln der Technik unter
-

besonderer Berücksichtigung und Beachtung der Bau-, Zeichen- und Einmessvorschriften des AG sowie sämtlicher maßgeblichen Normen, insbesondere aller arbeits- und sozialrechtlichen sowie sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften, Richtlinien, Berufsgenossenschaftlichen Vorschriften und Regeln, insbesondere auch die der jeweils zuständigen Berufsgenossenschaft, in der jeweils gültigen Fassung, und behördlicher Anweisungen zu erfolgen.

- (2) Über die bei Ausführung seiner Arbeiten zu beachtenden anderen behördlichen und gesetzlichen Vorschriften hat der Auftragnehmer sich bei den jeweils zuständigen Stellen, z.B. der Telekom, den Stadtwerken, Gemeindeverwaltungen, Amt für Straßen- und Verkehrswesen, Gas- und Wasserwerken, der Deutschen Bahn AG, zu erkundigen. In Zweifelsfällen über solche hat sich der AN mit dem AG in Verbindung zu setzen. Bei Kreuzungen mit Gas-, Wasser-, Telefon-, Bahn- und sonstigen Ver- und Entsorgungsleitungen muss zunächst Rücksprache mit der Bauleitung des AG erfolgen. Diese müssen nach Vorgaben der jeweiligen Anlagebesitzer ausgeführt werden.
- (3) Von je einem Beauftragten des AN, des Baulastträgers und des AG erfolgt zur Festlegung des Trassenverlaufes eine Begehung. Hierüber wird ein Protokoll von bereits erkennbaren vorhandenen Schäden an beanspruchten Oberflächen erstellt. Spätere Reklamationen wegen solcher Schäden werden nicht anerkannt.
- (4) Der AN muss sich vor Beginn der Arbeiten über die örtliche Lage von unterirdischen Versorgungseinrichtungen und Entwässerungsleitungen erkundigen und dies dokumentieren.
- (5) Der AN stellt den AG von allen Ansprüchen frei, die Dritte wegen der Verletzung der genannten Sicherheitspflichten gegen den AG geltend machen. Werden gegen den AG Schadensersatzansprüche geltend gemacht, hat er für diese aufzukommen, sofern die Verletzungshandlungen von ihm zu vertreten sind. Der AG wird den AN im Falle einer Inanspruchnahme umgehend informieren.
- (6) Der AN hat bei Vertragsabschluss eine Kopie der gültigen Freistellungsbescheinigung nach § 48 b Abs. 1 Satz 1 Einkommensteuergesetz an den AG auszuhändigen. In Fällen, in denen die Freistellungsbescheinigung auf einen bestimmten Auftrag beschränkt ist, ist sie dem AG im Original auszuhändigen.
- (7) Der AN ist gegenüber dem AG verpflichtet, allen seinen im Inland beschäftigten, im Rahmen der Vertragsbeziehungen mit dem AG eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gemäß § 20 MiLoG mindestens den gesetzlich vorgegebenen Mindestlohn nach § 1 MiLoG, spätestens zu der in § 2 MiLoG genannten Fälligkeit, zu zahlen. Der AN ist ferner verpflichtet, alle von ihm im Rahmen der Vertragsbeziehungen mit dem AG eingesetzten Nachunternehmer sowie von ihm beauftragten Verleiher sorgfältig auszuwählen und deren Angebote insbesondere dahingehend zu überprüfen, ob auf Basis des zu zahlenden Mindestlohnes kalkuliert wurde. Der AG kann in begründeten Fällen entsprechende Nachweise beim AN verlangen. Verstößt der AN gegen seine in diesem Absatz enthaltenen Pflichten, insbesondere gegen die Pflicht zur Zahlung des Mindestlohns, ist der AG berechtigt, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist außerordentlich zu kündigen. Im Regelfall setzt dies eine erfolglose vorherige Abmahnung voraus. Weitergehende Ansprüche, insbesondere Schadensersatzansprüche, bleiben unberührt.
- (8) Der AN übernimmt bei Auftragsannahme die Pflichten des Abfallerzeugers und Besitzers gem. § 3 Abs. 8 und 9 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes KrWG und dokumentiert diese gegenüber dem AG in geeigneter Weise.
- (9) Der AN stellt den AG von allen Ansprüchen frei, die Dritte wegen der Verletzung der in diesem Punkt genannten Sicherheitspflichten gegen den AG geltend machen. Werden gegen den AG Schadensersatzansprüche geltend gemacht, hat der AN für diese aufzukommen, sofern die Verletzungshandlungen von dem AN zu vertreten sind. Der AG wird den AN im Falle einer Inanspruchnahme umgehend informieren.
- (10) Vor Ausführung der Arbeiten benennt der AN den zuständigen Ansprechpartner/Bauleiter für die jeweilige Maßnahme per E-Mail an: **auftragssteuerung@osthessennetz.de**

#### § 4 Bauüberwachung

- (1) Der AG nimmt seine Interessen durch die von ihm bestellte Bauüberwachung wahr; sie entbindet den AN nicht von der Verantwortung für die vertragsmäßige und technisch einwandfreie Ausführung des Auftrages. Die Bauüberwachung hat das Recht, die zur ordnungsgemäßen Ausführung des Auftrages erforderlichen Maßnahmen anzuordnen.
- (2) Für die Kontrollen seitens der Bauüberwachung hat der AN die erforderlichen Arbeitskräfte und Hilfsmittel

unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

- (3) Zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Bauausführung kann seitens des AG ein geeignetes System zur kontinuierlichen Bewertung der Qualität der Bauausführung installiert werden. Die Qualitätsbewertung erfolgt nach einem einheitlichen, nachvollziehbaren Bewertungsmuster. Der AN hat Gelegenheit zur Qualitätsbewertung Stellung zu nehmen.

## **§ 5 Bauleitung und -koordination**

- (1) Der AN hat einen Bauleiter mit den Pflichten nach der jeweiligen Landesbauordnung, zumindest nach dem Muster für Landesbauordnungen, zu bestellen, der jederzeit anwesend ist, die Aufträge und Anordnungen der Bauüberwachung entgegennimmt und dem die genaue Unterweisung der ihm unterstellten Arbeiter (Bauaufsicht) obliegt. Ebenso obliegt der Bauleitung die Allgemeine Verkehrssicherungspflicht.
- (2) Der AG kann die Abberufung der Aufsichtspersonen oder sonstigen Personals verlangen, wenn die Voraussetzungen für eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit fehlen oder es an fachlicher Eignung mangelt. Der AN ist verpflichtet die abberufenen Personen unverzüglich durch Personen zu ersetzen, welche die vorgenannten Voraussetzungen uneingeschränkt erfüllen.
- (3) Nach DGUV Vorschrift 1 hat der AN erforderlichenfalls eine Person zu bestimmen, die die Arbeiten aufeinander abstimmt. Alle Arbeiten sind so auszuführen und abzustimmen, dass Störungen und Beeinträchtigungen anderer Unternehmen und sonstiger Dritter, sowie eine gegenseitige Gefährdung der Arbeitskräfte, ausgeschlossen werden können.  
In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf die Beachtung des § 8 des Arbeitsschutzgesetzes hingewiesen. Bei mehreren am Bau beteiligten Unternehmen hat der AN die Koordination gemäß Baustellenverordnung (SiGe-Koordinator) zu übernehmen. Der Koordinator ist dem AG vor Planung der Ausführung des Bauvorhabens namentlich zu nennen und schriftlich festzulegen.

## **§ 6 Terminierung der Arbeiten**

- (1) Die Arbeiten müssen unverzüglich nach Auftragserteilung im Einvernehmen mit dem AG begonnen werden. Der AG ist berechtigt, die Inangriffnahme oder die vorzugsweise Ausführung derjenigen Leistungen zu verlangen, welche er mit Rücksicht an den Gesamtfortgang der Arbeiten oder aus sonstigen Gründen für besonders vordringlich erachtet. Der AN kann hierzu Vorschläge machen, welche vom AG, soweit möglich, berücksichtigt werden.
- (2) Auf Anforderung des AG ist vom AN ein verbindlicher Zeitplan vorzulegen, der vom AG zu genehmigen ist. Der seitens des AG ggf. vorgegebene Zeitplan für die Ausführung der Arbeiten ist vom AN schriftlich zu bestätigen und einzuhalten.

## **§ 7 Entgelt**

- (1) Für die Durchführung aller erforderlichen Leistungen und Nebenleistungen zur Erfüllung des Vertrages gelten für alle Schwierigkeitsgrade die vereinbarten Preise.
- (2) Die Preise sind Nettopreise. Sie enthalten nicht die jeweils gesetzlich gültige Umsatzsteuer.

## **§ 8 Aufmaß und Abnahme**

- (1) Das Aufmaß erfolgt im Beisein von AG und AN nach vorheriger Terminabsprache. Erscheint der AN oder dessen Beauftragter nicht zu diesem Termin, so ist der AG berechtigt, das Aufmaß allein vorzunehmen und danach abzurechnen.
- (2) Das Originalaufmaß mit rechtsverbindlichen Unterschriften ist Grundlage für die Rechnungslegung.
- (3) In Abweichung von den Absätzen 1 und 2 ist der AG berechtigt, ein elektronisches Aufmaßsystem einzusetzen. Für diesen Fall verpflichtet sich der AN, ein elektronisches Aufmaßsystem nach den Anforderungen des AG einzusetzen. Die damit erfassten Aufmaßdaten werden ohne rechtsverbindliche Unterschrift als

Abrechnungsgrundlage anerkannt.

- (4) Die Abnahme erfolgt unverzüglich nach vertragsgemäßer Fertigstellung der beauftragten Maßnahmen. Die Abnahme der Oberfläche wird durch den AG beim Straßenbaulastträger beantragt und mit dem AN terminiert. Der AN muss bei dem Termin zur Abnahme der Oberfläche anwesend sein. Die Kosten für die Abnahmebescheinigung bzw. –gebühr trägt der AN. Die Vergütung erfolgt durch die Ergänzungsposition „Geb Abnahme Oberflächen“.
  - (5) Bezüglich aller vor der Abnahme auftretenden Schäden und hinsichtlich der ordnungsgemäßen Wiederherstellung von Oberflächen hat sich der AN bei den jeweiligen Rechtsträgern zu entlasten.
  - (6) Bei der Abnahme von Teildruckproben ist dem AG ein angemessener Teilübersichtsplan zur Kontrolle zu übergeben.
-

**§ 9 Rechnungslegung / Zahlungsbedingungen**

- (1) Die Leistungen sind bauabschnittsweise abzurechnen und bei der Verlegung von mehreren Sparten nach den weiteren Vorgaben des AG in Rechnung zu stellen.
- (2) Die Rechnungen sind unter Angabe der Bestell- und Auftragsnummern einzureichen.
- (3) Grundlage für die Rechnungslegung ist ein vom AG bestätigtes Aufmaß. Dem Aufmaß sind alle geforderten Unterlagen, wie z.B. Detailzeichnungen bzw. Datenträger mit vermessenem Leitungsbestand, Materialeinbauskizzen, Materialnachweise, Rohrbuch, Schweiß- und Prüfprotokolle usw. beizufügen. Die Rechnung ist spätestens 2 Wochen nach Fertigstellung der beauftragten Leistung einzureichen.
- (4) Der AG ist berechtigt, von den Zahlungen Einbehalte nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften wegen Mängel vorzunehmen, sofern er die Beseitigung von Mängel verlangen kann. § 9 der Allgemeinen Vertragsbedingungen bleibt unberührt.
- (5) Die Zahlung der Rechnungen erfolgt innerhalb von 14 Kalendertagen nach Rechnungseingang unter Berücksichtigung von 2 % Skonto, andernfalls innerhalb von 30 Kalendertagen netto.
- (6) Der AG ist berechtigt, ein Gutschriftverfahren einzusetzen. Die Zahlung nach dem Gutschriftverfahren erfolgt innerhalb von 14 Kalendertagen nach Freigabe des Aufmaßes durch den AN und den AG unter Berücksichtigung von 2 % Skonto, andernfalls innerhalb von 30 Kalendertagen netto.
- (7) Sämtliche Zahlungen erfolgen vorbehaltlich einer Nachprüfung und einer eventuellen Geltendmachung von Rückforderungen durch den AG.
- (8) Forderungen des AN dürfen nur mit schriftlicher Zustimmung des AG an Dritte abgetreten oder verpfändet werden. Unbeschadet dessen wird eine Abtretung von Forderungen gegenüber dem AG erst mit Vorlage eines schriftlichen Abtretungsvertrages oder einer schriftlichen Abtretungsanzeige durch den AN wirksam.

**§ 10 Sicherheitsleistung**

- (1) Der AG ist berechtigt, als Sicherheit für Vertragserfüllungsansprüche einen Betrag von 10 % des Brutto-Auftragswerts für die Dauer der Baumaßnahme einzubehalten. Der AN ist berechtigt, die Auszahlung des Einbehalts für die Vertragserfüllung zu verlangen, wenn er für 10 % des Brutto-Auftragswerts eine unbefristete selbstschuldnerische Bankbürgschaft unter Verzicht auf die Einrede der Anfechtung, der Aufrechenbarkeit - ausgenommen unbestrittene oder bereits rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen - sowie die Einrede der Vorausklage gemäß §§ 770, 771 BGB beibringt. Die Kosten der Vertragserfüllungsbürgschaft trägt der AN. Wenn das Sicherungsinteresse zu einem späteren Zeitpunkt geringer ist als die gegebene Bürgschaft, kann dem durch eine Austauschbürgschaft in verringerter Höhe Rechnung getragen werden.
- (2) Der AG ist berechtigt, als Sicherheit für Gewährleistungsansprüche einen Betrag von 5 % des Brutto-Auftragswerts für die Dauer der Gewährleistung einzubehalten. Der AN ist berechtigt, die Auszahlung des Einbehalts für die Gewährleistung zu verlangen, wenn er für 5 % des Brutto-Auftragswerts eine unbefristete selbstschuldnerische Bankbürgschaft unter Verzicht auf die Einrede der Anfechtung, der Aufrechenbarkeit - ausgenommen unbestrittene oder bereits rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen - sowie die Einrede der Vorausklage gemäß §§ 770, 771 BGB beibringt. Die Kosten der Gewährleistungsbürgschaft trägt der AN. Wenn das Sicherungsinteresse zu einem späteren Zeitpunkt geringer ist als die gegebene Bürgschaft, kann dem durch eine Austauschbürgschaft in verringerter Höhe Rechnung getragen werden.

**§ 11 Gewährleistung**

- (1) Die Gewährleistung beträgt fünf Jahre beginnend mit der Abnahme. Sie beginnt für Oberflächenarbeiten jedoch frühestens mit der Abnahme der Oberflächenarbeiten durch den Straßenbaulastträger.
  - (2) Unbeschadet weitergehender Ansprüche hat der AN alle in der Gewährleistungszeit auftretenden Mängel nach Aufforderung unverzüglich auf seine Kosten zu beheben.
-



- (3) Der AN hat über die von ihm erbrachten Bauleistungen hinaus auch dann Gewähr zu leisten, wenn er bei der Durchführung der Arbeiten gegen
- die vorhergesehene Art der Ausführung oder
  - bauseitig gelieferte Werkstoffe oder
  - die Arbeiten und Leistungen anderer Unternehmer
- Bedenken hatte oder bei pflichtgemäßer Prüfung hätte haben müssen, sofern er seine Bedenken nicht unverzüglich unter Angabe der Gründe schriftlich dem AG mitgeteilt hat.

## **§ 12 Haftung**

- (1) Der AN haftet dem AG und gleichermaßen einem Dritten für Schäden, die vom AN, seinen Erfüllungsgehilfen, leitenden Angestellten oder gesetzlichen Vertretern im Zusammenhang mit der Auftragsausführung einschließlich Errichtung, Betrieb und Räumung der Baustelle und ihrer Nebenanlagen schuldhaft verursacht wurden. Dies trifft ebenfalls für Schäden, die durch fehlerhafte Einmessungen und / oder Dokumentation verursacht wurden und vom AN zu vertreten sind.
- (2) Der AN stellt den AG von allen Schadensersatzansprüchen Dritter frei, die im Zusammenhang mit der Durchführung des Auftrages gegen den AG erhoben werden und vom AN zu vertreten sind.
- (3) Der AN kann sich nicht darauf berufen, dass er bei der Auswahl seiner Verrichtungsgehilfen und bei deren Überwachung die im Verkehr übliche Sorgfalt beachtet habe.

## **§ 13 Haftpflichtversicherung**

Der AN hat zur Deckung seines Gewährleistungs- und Haftungsrisikos eine Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen, deren Bestehen spätestens bei Beauftragung nachzuweisen und für die Dauer der Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten ist. Die Deckungssumme muss mindestens 3,0 Mio. EUR pauschal für Personen-, Sach- und Vermögensschäden betragen. Der AG hat das Recht der Nachprüfung und kann die Veränderung der Versicherung verlangen. Er hat das Recht zur sofortigen Entziehung des Auftrages, falls der AN den oben genannten Verpflichtungen nicht nachkommt bzw. unrichtige Angaben hierzu gemacht hat.

## **§ 14 Einsatz von Mitarbeitern, Subunternehmern und Dritten**

- (1) Die eingesetzten Mitarbeiter sind entsprechend den gesetzlichen Vorschriften sowie im Umgang mit den eingesetzten Materialien zu schulen. Die Schulungen dürfen nicht länger als 2 Jahre zurückliegen und der Nachweis ist auf Verlangen des AG vor Beginn der Arbeiten vorzulegen.
- (2) Subunternehmer dürfen nur mit Genehmigung des AG herangezogen werden. Mit Vertragsabschluß verpflichtet sich der AN, dass für die von ihm eingesetzten Mitarbeiter, Subunternehmer oder Dritte die einschlägigen arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften während der Durchführung des Vertrages befolgt werden. Der Paragraph 12 gilt entsprechend.
- (3) Der AN ist verpflichtet, auf Anfordern des AG mit anderen auf der Baustelle eingesetzten Firmen zusammenzuarbeiten.

## **§ 15 Weitere Vereinbarungen**

- (1) Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist der Sitz des AG.
- (2) Gerät der AN mit der Vollendung seiner Leistung in Verzug und kann er nicht nachweisen, dass er den Verzug nicht zu vertreten hat, so wird eine Vertragsstrafe für jede angefangene Woche der Verzögerung von 0,5 %, jedoch maximal 5 % des im jeweiligen Auftragsschreiben bestimmten Auftragswertes fällig. Die Geltendmachung von über die Vertragsstrafe hinausgehenden Schäden bleibt hiervon unberührt.
- (3) Tritt ein Baustillstand durch Verschulden des AG ein, treten der AG und der AN unverzüglich in Gespräche ein, um

die Weiterführung der Arbeiten zu ermöglichen bzw. Alternativlösungen festzulegen.

- (4) Abänderungen und Nachträge zu diesem Vertrag sind nur schriftlich und in beiderseitigem Einvernehmen möglich.
- (5) Können seitens des AN die geforderten technischen Anforderungen an die Leistungserbringung, die Anforderungen an die Zulassung/Zertifizierung des AN und die Anforderungen an die Qualifikation/Zertifizierung des Personals des AN nicht erbracht werden, sind gleichwertige Nachweise zulässig. Der Nachweis erfolgt seitens des AN mittels Prüfbericht in deutscher Sprache einer anerkannten Stelle über die Gleichwertigkeit der jeweiligen Norm, Zulassung/Zertifizierung, Qualifikation/Zertifizierung.
- (6) Sollten die Bestimmungen des Vertrages oder eine künftige in ihn aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein, oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, behalten die übrigen Bestimmungen des Vertrages ihre Gültigkeit. Das gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthält.

## **§ 16 Vertraulichkeit und Veröffentlichungen**

- (1) Die Vertragspartner verpflichten sich, vertrauliche Unterlagen oder Auskünfte, die sie von einem der Vertragspartner erhalten haben, nur mit der Zustimmung dieses Vertragspartners Dritten zugänglich zu machen. Der Vertragspartner wird seine Zustimmung nicht verweigern, wenn dies zur Erfüllung des Vertragszwecks unerlässlich ist oder seine berechtigten Geheimhaltungsinteressen nicht beeinträchtigt werden.
- (2) Insbesondere verpflichtet sich der Auftragnehmer, die anwendbaren gesetzlichen Anforderungen zum Datenschutz zu befolgen. Soweit der Auftragnehmer Zugang zu personenbezogenen Daten im Zuge der Leistungserbringung erhält, stellt er die Einhaltung der erforderlichen Bestimmungen gem. §11 BDSG sicher. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine entsprechende bilaterale Vereinbarung zur Sicherstellung der Einhaltung dieser Bestimmungen auf Anforderung des jeweiligen Auftraggebers abzuschließen und dem Auftraggeber die zugehörigen Kontrollrechte einzuräumen.

Der AN darf ohne schriftliche Einwilligung durch den AG keine Artikel, Filme oder Fotografien zur Veröffentlichung und für Vorträge anfertigen. Außerdem darf der AN keinerlei Auskünfte über Preise, Projekte oder in der Nähe befindlicher Anlagen oder Einrichtungen geben, die im Eigentum oder Besitz des AG stehen.

## **50.1.3 Allgemeine und spezifische Leistungsbeschreibung**

- Stundenlohnarbeiten werden vom AG ggf. schriftlich angeordnet. Regiezettel als Stundenlohnbelege sind am Ausführungstage in zweifacher Ausfertigung zur Anerkennung dem AG vorzulegen. Befolgt der AN diese Festlegung nicht, so ist der AG zur Bezahlung von Stundenlohnarbeiten nicht verpflichtet. Die Vergütung für Stundenlohnarbeiten ist im Leistungsverzeichnis aufgeführt.
- Der AN hat, wenn nichts anderes im Auftragsschreiben ausdrücklich bestimmt ist, alle erforderlichen Tiefbau- und Montagearbeiten und die damit in Verbindung stehenden Leistungen zu erbringen.

Der AN ist insbesondere verpflichtet,

- (1) die Trassen im Einvernehmen mit dem AG festzulegen. Der AN ist gehalten, hiernach die weiter erforderlichen Absteckungen, Nivellements und dergleichen auszuführen.
- (2) sich vor Baubeginn bei allen in Betracht kommenden Unternehmen und Behörden nach bereits vorhandenen Ver- und Entsorgungsleitungen, sowie Nachrichtenkabeln, zu erkundigen.
- (3) Nachweisleistungen Dritter werden ohne Aufschläge vergütet. Die entsprechende Rechnung ist beizulegen.
- (4) die für die Baudurchführung erforderlichen Anordnungen und Genehmigungen einzuholen und zu befolgen. Die Qualifikation des zu benennenden Verantwortlichen für die Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen gemäß dem "Merkblatt über Rahmenbedingungen für erforderliche Fachkenntnisse zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straßen (MVAS 1999)" ist nachzuweisen.
- (5) vor Beginn der Bauarbeiten die von der Leitungsverlegung betroffenen Grundstückseigentümer, Pächter und von Abschaltungen betroffene Kunden in Abstimmung mit dem AG rechtzeitig zu verständigen.
- (6) Abfälle und umweltgefährdende Materialien nach dem jeweiligen Landesabfallgesetz, dem

Kreislaufwirtschaftsgesetz sowie seinen untergesetzlichen Regelungen zu behandeln. Gefährliche Abfälle und Materialien sind dem AG vor der Entsorgung anzuzeigen und unverzüglich zu entsorgen. Deponiegebühren für gefährliche Abfälle und/oder Abfälle mit Zuordnungswerten Deponieklasse I und höher, werden gegen Vorlage der Originalbelege und Entsorgungsnachweise erstattet.

- (7) den bei der Bauausführung anfallende Aushub hinsichtlich seiner technischen Eignung entsprechend ZTV A StB 12 Anhang 1 „Anhaltswerte für den Geräteeinsatz zur Verdichtung der Verfüllzone“ zu bewerten. Hierbei muss der Aushub den in den Spalten 3 und 4 aufgeführten Kriterien entsprechen. Bestehen Bedenken hinsichtlich der Eignung, ist der AG zu informieren. Auf Anweisung des AG ist durch den AN ein Nachweis zur Nichteignung durch eine Bodenklassifikation entsprechend DIN 18196 „Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke“ zu erbringen. Stellt sich durch die Bodenklassifikation heraus, dass der Aushub für den Wiedereinbau geeignet ist, sind die Kosten für die Bodenklassifikation durch den AN zu tragen. Andernfalls trägt der AG die Kosten für die Bodenklassifikation.

### **50.1.4 Spezifische Leistungsbeschreibung**

Die Regelungen der DGUV Vorschrift 38 und der DIN 4124 sind in Kombination mit den spartenspezifischen Regelwerken (z.B. DVGW Arbeitsblatt GW350, GW381, VDE-AR-N 4220) zu beachten.

Für die Einteilung von Boden und Fels in Homogenbereiche gelten immer die Regelungen entsprechend der DVGW GW Information Nr.20 Abschnitt 4, Anhang A und B in Verbindung mit der DIN 18300.

Die eingesetzten Maschinenführer müssen im Besitz eines gültigen Schulungsnachweises (z.B. BALSibau-Ausweis) nach dem DVGW Hinweis GW129 oder dem FNN/VDE Hinweis S129 sein. Der BALSibau-Ausweis ist durch die Maschinenführer mitzuführen und kann durch den AG jederzeit kontrolliert werden.

In den Festpreisen sind des Weiteren enthalten:

- (1) ordnungsgemäße und ausreichende Sicherung der Baustelle mit entsprechender Verkehrsregelung, auch während der Nachtzeit
- (2) Verdichtungsnachweis nach ZTV A - StB
- (3) Ersatz des Materials, das bei den Bauarbeiten beschädigt wurde
- (4) Neu verlegte Versorgungsleitungen am Tage der Verlegung wieder abzudecken
- (5) Sicherung der Baustelle vor Oberflächenwasser
- (6) Leerrohre und Schutzrohre sind beidseitig abzudichten

### **50.1.5 Nachweisleistungen**

Außerhalb des Leistungsverzeichnisses vom AG angeordnete Stundenlohnarbeiten werden nach Stundensätzen (alle Zuschläge enthalten) abgerechnet. Maschinenstundensätze verstehen sich ohne Bediener, aber inkl. Betriebsstoffe. Wartestunden werden nicht vergütet. Die Regiezettel/Stundenlohnbelege sind täglich dem AG zur Unterschrift vorzulegen, andernfalls erfolgt keine Anerkennung der Stunden.

---